

Stadt Schwetzingen

Amt: Oberbürgermeister
Datum: 21.11.2016
Drucksache Nr. 1870/2016

Beschlussvorlage - Tischvorlage

Sitzung Gemeinderat am 23.11.2016

- öffentlich -

Nutzung des Geländes der Tompkins Barracks – Appell an das Land Baden-Württemberg

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat appelliert eindringlich an das Land Baden-Württemberg, das Gelände der ehemaligen Kilbourne-Kaserne und Tompkins-Barracks nicht für die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Flüchtlinge oder für die sonstige Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen und damit zugleich die kommunale Planungshoheit der Stadt Schwetzingen zu wahren. Das Konversionsgelände ist die einzige größere Entwicklungsfläche in Schwetzingen; sie wird für die Schaffung dringend notwendigen Wohnraums benötigt.

Erläuterungen:

Im Frühjahr 2013 wurde das Gelände der Kilbourne-Kaserne und der Tompkins-Barracks von der US-Army an die BlmA und damit die Bundesrepublik Deutschland zurückgegeben. Seit diesem Zeitpunkt bereitet die Stadt Schwetzingen im Einvernehmen und in Kooperation mit der BlmA die Nachnutzung der Konversionsflächen vor. Aktuell läuft die von der Stadt Schwetzingen und der BlmA gemeinsam vergebene abschließende Machbarkeitsstudie, deren Ergebnisse im Frühjahr 2017 vorliegen werden. Die Stadt Schwetzingen ist zudem in Kaufpreisverhandlungen mit der BlmA, um die Gesamtfläche zur weiteren Entwicklung zu erwerben.

Aufgrund einer umfassenden, von der Stadt Schwetzingen in Auftrag gegebenen Wohnbedarfsanalyse steht fest, dass die Stadt Schwetzingen viele hundert neue Wohneinheiten schaffen muss, um den durch nicht vorhandene Wohnentwicklungsflächen entstandenen Schwund von rund 1.000 Bürger/innen aufzufangen. Hinzu kommt, dass mittlerweile in Schwetzingen aufgrund der hohen Nachfrage akute Wohnungsnot herrscht und die Stadt monatlich Familien, die ihre Wohnung verloren haben und nicht in der Lage sind, in Schwetzingen noch neuen bezahlbaren Wohnraum zu finden, in Notunterkünften unterbringen muss,

Das Konversionsgelände ist in Schwetzingen aktuell die einzige größere Entwicklungsfläche, auf der auch Wohnraum geschaffen werden kann. Die derzeit innerhalb des Stadtgebiets vorhandenen Möglichkeiten zur Schaffung von Wohnraum reichen nicht aus, der bestehenden Wohnungsnot und der angezeigten Wohnraumentwicklung Rechnung zu tragen und wirksam zu begegnen. Die Ausweisung weiterer Wohnentwicklungsflächen ist wegen der gesetzlichen Vorgaben der Raum- und Flächenentwicklung nicht möglich.

Oberbürgermeister: